

Zum 90. Jahrestag der Ermordung von Reinhold Jürgensen - Reichstagsabgeordneter der KPD aus Elmshorn

Beitrag von Rudi Arendt (Forschungsprojekt Gegen das Vergessen – Spurensuche im Kreis Pinneberg und Umgebung 1933 - 1945).

Die Ollnsstraße und ihre Anwohner – eine Straße des antifaschistischen Widerstandes und Zentrum des Kommunistischen Widerstandes.

Erinnert sei hier an Walter Druwe, Herrmann Schmarbeck, Franz und Willi Wegner, Peter Hasenberg, Adolf und Hans Hachmann, Hinrich Studt, Bernd und Karl Seidel, Theodor Lohmann und nicht zuletzt Johannes Offenborn, der hier in der Ollnsstraße 94 wohnte.

Sie und weitere Einwohner waren Mitglieder und Freunde der 1933 verbotenen, unterdrückten Parteien von KPD und SPD, weiteren Organisationen der Arbeiterbewegung und zum politischen Widerstand bereit.

Sie gehörten zu den 330 Antifaschisten, die vor 90 Jahren von der Geheimen Staatspolizei in Elmshorn, Glückstadt, Barmstedt, Uetersen und umliegenden Dörfern verhaftet wurden.

Fast alle wurden in das Hamburger KZ Fuhlsbüttel verschleppt, im Verlauf der Vernehmungen misshandelt und gefoltert, Reinhold Jürgensen und Max Wriedt kurz darauf von der SS ermordet. Wilhelm Peetz erlag wenig später im KZ Esterwegen seinen Verletzungen aus Folter und Misshandlung.¹

Zur Geschichte dieser Straße gehören auch die Geschehnisse des 24. Juli 1932. SA- und SS-Schergen marschierten hier durch, sangen verhöhrende, antisemitische, provozierende Lieder, verteilten Propagandamaterial.

Sie stießen auf die aufgebrachten Anwohner, denn wenige Tage zuvor überfielen Nazis das Gewerkschaftshaus in Eckernförde und eine Woche zuvor führte eine ähnliche Provokation der SA in Altona zu einem Blutbad mit 18 Toten.

Es folgte eine heftige Schlägerei Ecke Ollnsstraße/Heidmühlenweg, bei der SS-Führer Grezesch schwere Kopfverletzungen davon trug. Nur eine Woche später trommelte er in Ellerhoop seinen SA-Sturm zusammen um am Tag der Reichstagswahl gegen den politischen Gegner wieder losszuschlagen. Es folgten Sprengstoffanschläge auf Lokale und Geschäfte von Sozialdemokraten und Kommunisten. Nach der Machtübernahme machte Grezesch für den persönlichen Angriff in der Ollnsstraße Max Wriedt verantwortlich und übte an ihm Rache.

1935 folgte In den Prozessen gegen „Offenborn und andere“ in Hamburg die Anklage und innerhalb eines halben Jahres verurteilte das Berliner Kammergericht 261 Männer und Frauen wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu insgesamt 702 Jahren Haft.

Dank einer dänischen Frauendelegation erhielten die Verhandlungen internationale Aufmerksamkeit.

Unter Führung der Schriftstellerin Ellen Kirk nahm sie unbemerkt an den Gerichtsverhandlungen teil, wurde während der Prozessbeobachtung hier in der Ollnsstraße u.a. bei der Familie Wegner untergebracht.²

Ihr Bericht über die brutalen Verhörmethoden der Gestapo veröffentlichte im April 1936 die Stockholmer Zeitung „Social-Demokraten“. So führte dieser ungewöhnliche Massenprozess zu internationalen Protesten und ist in die Geschichte des deutschen Widerstandes eingegangen.

Alle Verurteilten mussten ihre Freiheitsstrafen in den Zuchthäusern Fuhlsbüttel, Rendsburg und im Straflager Aschendorfer Moor in voller Länge absitzen.

Viele von ihnen setzten danach den Widerstand fort, waren an der Selbstbefreiung in Elmshorn beteiligt und engagierten sich nach der Befreiung für einen antifaschistischen, demokratischen Neuanfang.

Johannes Offenborn und Peter Hasenberg wurden 1945 für die Kommunistische Partei Deutschlands Mitglied der ersten Gemeindevertretung von Elmshorn.

Heinrich Hausschildt, ebenso Akteur der Selbstbefreiung, wurde erster sozialdemokratischer Bürgermeister nach dem Krieg.³

Zur Geschichte dieses Platzes und seines Gedenksteines

40 Jahre nach Kriegsende haben wir in der Auseinandersetzung um den Namen Gustav-Frenssen, einer Seitenstraße der Ollnsstraße, die Umbenennung in Reinhold-Jürgensen gefordert.

Der Dithmarscher Frenssen galt als „Heimatdichter“, verbreitete schon vor 1933 völkisches, nationalistisches und rassistisches Gedankengut. Er galt als geistiger Wegbereiter des Faschismus.

Das Stadtverordnetenkollegium entschied sich damals für Thomas Mann.

Die Forderung einer Straßenbenennung nach Reinhold Jürgensen fand sich allerdings in den Kommunalwahlprogrammen von SPD und der Wählergemeinschaft Elmshorn wieder. Mit deren Stimmen wurde dann dieser Platz kurz nach der Kommunalwahl 1986 in Reinhold-Jürgensen-Platz benannt.

Zur Aufstellung dieses Gedenksteines möchte ich aus einem Antwortschreiben des damaligen Bürgermeisters Dr. Lutz (SPD) an unser Antifaschistisches Bündnis zitieren:

„Ihre Anregung, über das bloße Straßenschild hinaus (mit der Idee eines Gedenksteines, der Verf.) an Reinhold Jürgensen zu erinnern, fällt bei mir auf fruchtbaren Boden.“

Die Straßenkreuzung der Ollnsstraße, die im vorigen Jahr nach Jürgensen benannt worden ist, zählt gegenwärtig nicht zu den attraktivsten Plätzen Elmsorns.

Es wäre schön, wenn sich hier etwas ändern ließe... ich will in den nächsten Tagen... mit Elmsorner Kommunalpolitikern nach Möglichkeiten zur Verschönerung des Platzes suchen... Nochmals: Herzlichen Dank für Ihr Engagement zugunsten von Reinhold-Jürgensen!⁴ Dies dokumentiert, dass man trotz unterschiedlicher Ansichten auch respektvoll mit einander umgehen kann. Ende 1988 wurde dieser Gedenkstein in Erinnerung an die Offenborn-Prozesse eingeweiht.

Der Elmsorner antifaschistische Widerstand in jüngerer Zeit

„Erinnern für die Zukunft“, die Chronik vor der Nikolaikirche beschreibt die örtliche Geschichte des Widerstandes unter dem Naziterror, sowie die Selbstbefreiung der Stadt 1945.

Sie berichtet vom 22. April 1999 dem erstmaligen Aufmarsch von Nazis nach 1945. Das Elmsorner Bündnis wehrte sich seiner Zeit unter dem Aufruf „Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen - Keine Toleranz für Neonazis – für ein solidarisches Miteinander statt rassistischer Ausgrenzung“ zum Ende erfolgreich gegen fünf Aufmärsche der Neofaschisten unter großer Beteiligung der Einwohnerschaft.

Gegen Anfeindungen mussten sich besonders der IG Metall Gewerkschafter Uwe Zabel und Bürgermeisterin Dr. Brigitte Fronzek zur Wehr setzen.

Der stellv. Vorsitzende des Beirats der jüdischen Gemeinden Hamburg/SH sagte zur Thematik „Warum Faschismus keine Meinung, sondern ein Verbrechen ist?“ in einer öffentlichen Veranstaltung im Kollegiumssaal:

„Oft hört man die Meinung: eine Demokratie muß auch einige Nazis aushalten können. Dazu sage ich Nein! Demokratie ist eine Gesellschaftsform, von der Bundespräsident Johannes Rau sagte, dass in ihr Menschen ohne Angst verschieden sein dürfen. Neonazis erlauben dies nicht. Alles Fremde ist ihnen verhaßt. Das stelle ich als Sachverhalt fest,... So haben sie sich aus dieser Gesellschaft selbst ausgeschlossen.“⁵

Zu diesem Zeitpunkt beging der NSU (nationalsozialistische Untergrund) unentdeckt schon zwei Jahre lang Morde an Migranten.

Das es im letzten Jahr im Kulturbereich zu einer Zensur dieser Klarstellung kam, habe auch ich als Ausgrenzungsversuch empfunden und bedeutet für mich einen Tiefpunkt in der bisherigen gemeinsamen Erinnerungsarbeit.

Marianne Wilke hat uns eindringlich mitgegeben: „Das wichtigste ist die Solidarität.“

Wer glaubt, mit der AfD einen Dialog führen zu können, unterschätzt den Kulturkampf dieser Partei. Diese Partei stellt die Beispiellosigkeit des Holocaust in Frage, deklariert die Befreiung vom Faschismus wieder als Niederlage und behindert die Täterforschung. Nach ihrer Auffassung entscheidet sich auf dem kulturellen Kampffeld, was deutsch ist und wer in Zukunft als Deutscher in Deutschland erwünscht ist – und wer nicht.

Nicht zuletzt stachelt die AfD mit ihrem Agieren ihr außerparlamentarisches Vorfeld auf. Der Theaterkritiker Peter Laudendach dokumentierte vor zwei Jahren über 100 bedrohliche Vorfälle auf Kulturträger, angefangen von Beleidigungen, Störungen und Morddrohungen bis zu schwerer Sachbeschädigung, Sprengstoff- und Brandanschlägen sowie Körperverletzung.⁶

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

Diesen Tatbestand bezahlten Reinhold Jürgensen, Max Wriedt und Wilhelm Peetz am Anfang der zwölfjährigen Terrorherrschaft mit dem Leben und viele weitere Elmsornerinnen und Elmsorner, für die hier Stolpersteine Gegen das Vergessen liegen. Diese bittere Erkenntnis bestärkte die Akteure der Selbstbefreiung zum konsequenten Handeln.

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen - diese Klarstellung hat in der Erinnerungskultur der Stadt seinen festen Platz, nicht zuletzt durch eine mutige sozialdemokratische Bürgermeisterin, die mit der Einwohnerschaft erfolgreich die Aufmärsche neonazistischer Netzwerke bekämpfte.

Ich möchte mit Ellie Wiesel, eines der Kinder von Buchenwald und Friedensnobelpreisträger, schließen: Erinnerungsarbeit und damit „ohne das Gedenken hat die Geschichte keinen Sinn und das Abenteuer Mensch wäre nichts mehr Wert.“

Deswegen: In Gedenken an die Toten und Überlebenden: „Nie wieder Faschismus - Nie wieder Krieg. Lassen wir uns nicht spalten – Keine Toleranz für Neonazis - Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen – Für ein solidarisches Miteinander statt rassistischer Ausgrenzung. „Die Freiheit lebt!“: Es ist dem Historiker Herbert Diercks, langjähriger Mitarbeiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Fritz Bringmann, Träger des Bundesverdienstkreuzes und dem Landesverband der VVN/BdA SH zu verdanken, dass dieser Teil der Elmsorner Geschichte 1983 erstmals aufgeschrieben und weitergegeben werden konnte.

¹ Stadtrundgang 2004, Manuskript von Herbert Diercks, Gedenkstätte Neuengamme

² Schreiben der Gestapo HH an Gestapo Berlin, Sammlung Herbert Diercks, Stadtarchiv Elmsorn

³ Herbert Diercks und Fritz Bringmann: „Die Freiheit lebt“, Hrsg. VVN/BdA SH, Röderberg-Verlag 1983

⁴ Korrespondenz des Antifaschistischen Bündnis Elmsorn mit der Stadt Elmsorn, Briefwechsel 1986

⁵ Fritz M. Kath stellvertr. Vorsitz. der jüdischen Gemeinden Hamburg/Schleswig-Holstein, Redemanuskript 2000

⁶ Peter Laudendach: „Volkstheater, Der rechte Angriff auf die Kunstfreiheit“, 2023